

# isw -wirtschaftsinfo Nr. 4

Fakten und Argumente  
zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. München

August 1991

Schutzgebühr 1,- DM

## I. Sonderkonjunktur ohne Ende?

Die Wirtschaft der alten Bundesländer befindet sich derzeit noch in einer zyklusuntypischen Sonderkonjunktur, die durch die zusätzliche Konsumnachfrage aus den neuen Bundesländern und eine dadurch beschleunigte Investitionskonjunktur getragen wird.

Daß es sich um eine Sonderkonjunktur handelt, wird durch einen Blick auf die anderen Industrieländer deutlich: USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Finnland und Schweden befinden sich in einer Rezession. Teilweise nehmen die Einbrüche in der Produktion durchaus handfeste Krisenausmaße an. In England beispielsweise lag die Industrieproduktion im ersten Vierteljahr 1991 4% unter dem Vorjahresquartal. Die Konjunkturbeobachter rechnen mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um 2% bis 2,5% für das gesamte Jahr. Die US-Wirtschaft produzierte im ersten Quartal 91 2,8% weniger als im Vorjahresdurchschnitt. Hier gehen die Forschungsinstitute allerdings von einer nur kurzen Dauer der Krise aus.

Eine andere Gruppe von Ländern, zu der Frankreich und Italien gehören, bewegt sich mit niedrigen Wachstumsraten in Richtung Stagnation, wobei der Eintritt dieser Gruppe in eine Rezessionsphase keineswegs ausgeschlossen ist. Nur Japan hat noch relativ hohe Wachstumsraten aufzuweisen, aber auch hier schwächt sich die Wirtschaftstätigkeit ab.

Diese Krisentendenzen beginnen seit Ende letzten Jahres auf die Wirtschaft der alten Bundesländer, die ja extrem außenhandelsorientiert ist, zurückzuwirken. Im Zeitraum März/April lagen die Auslandsbestellungen im Verarbeitenden Gewerbe um 10% unter dem Vorjahresniveau.

Angesichts dieser Entwicklungen und aufgrund des sich fortsetzenden Zusammenbruchs in den neuen Bundesländern steht die Frage, wie lange sich die westdeutsche Konjunktur noch in der bisherigen Weise fortsetzen kann. Wesentlich für eine Beantwortung dieser Frage ist, ob sich neben außenwirtschaftlichen Einflüssen und neben den Einflüssen aus den neuen Bundesländern möglicherweise auch Wendepunkte in der inneren Dynamik der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung abzeichnen:

### Bruttosozialprodukt West

Die Zahlen für das erste Quartal 91 zeigten für die alten Bundesländer ein überraschend hohes Wachstum. Während die Prognosen bei weniger als 2% zum Vorquartal lagen, wuchs das Bruttosozialprodukt tatsächlich um 2,5%. Verglichen mit dem ersten Quartal des Vorjahres war das Gesamtprodukt sogar 4,2% größer. Die neuesten Zahlen für den April zeigen allerdings, daß sich dieses Tempo abschwächt: Die April-Produktion im Verarbeitenden Gewerbe lag unter dem Niveau des Vormonats.

### Investitionsboom

Der Motor des Wachstums im ersten Quartal waren die überdurchschnittlich hohen Ausrüstungsinvestitionen, also die Investitionen in Maschinen und andere Produktionsmittel mit einem Plus von 13%! Diese Zahl läßt darauf schließen, daß die westdeutschen Unternehmen dabei sind, noch einmal kräftig die Kapazitäten auszuweiten. Die Ausrüstungsinvestitionen lagen bereits 1989 bei +9,8% und 1990 bei +13,9%. Zum Vergleich: Die Steigerungsraten des privaten Verbrauchs betragen 1,5% 1989 und 4,3% 1990.

Auf einen Kapazitätsausbau deutet auch die neueste **Ifo-Untersuchung** zur Investitionstätigkeit der Industrie vom Juni 91 hin, in der das Institut eine Verlagerung der Investitionsschwerpunkte von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen auf Erweiterungsanlagen feststellte: *"Infolge der lebhaften Nachfrageentwicklung in den letzten Jahren sind in vielen Branchen Kapazitätsengpässe aufgetreten, was sich deutlich in der Zielsetzung der Investitionen niederschlägt. So hat das Erweiterungsmotiv erheblich an Bedeutung gewonnen. Wie die Erhebungsergebnisse zeigen, hat 1990 die Hälfte der Unternehmen in erster Linie Erweiterungsinvestitionen getätigt. Für das laufende Jahr liegt der entsprechende Prozentsatz sogar bei 52%. Demgegenüber ist das Rationalisierungsmotiv in den letzten beiden Jahren etwas in den Hintergrund getreten. Ein derart hohes Gewicht hatte das Erweiterungsmotiv nur in der Boomphase Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre"*.

### Auftragseingänge West: Tendenz nach unten

Angesichts dieses Anlagenbooms ist es auf den ersten Blick sicher erstaunlich, daß sich, ganz im Gegensatz dazu, die Aufträge für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt negativ entwickeln. Was sich bei den Produktionszahlen für den Monat April bereits andeutete, wird bei einem Blick auf die Auftragseingänge noch klarer: Das überschäumende Wachstum der ersten Monate wird sich im Jahresverlauf nicht fortsetzen. Denn nicht nur die Auslandsaufträge gehen zurück. Die Steigerung der Inlandsaufträge vom vierten Quartal 90 zum ersten Quartal 91 war mit ca. 0,6% minimal. Im April schließlich sanken die Inlandsbestellungen um ganze 4% (zum März). Die stärksten Rückgänge waren bei den Verbrauchsgütern zu verzeichnen. Dabei spielen auslaufende Zyklen bei langlebigen Gebrauchsgütern, wie etwa Elektroerzeugnissen, eine Rolle. Durch Einkommensverluste aufgrund der Steuer- und Abgabenerhöhung ab 1.7. wird sich diese Tendenz in der zweiten Jahreshälfte vermutlich noch verstärken (siehe dazu: isw-wirtschaftsinfo Nr. 3: Das Steuer- und Abgabenpaket, Mai 1991).

### Krise im Osten

Dem Wachstum im Westen stehen nach den ersten Zahlen der "nachhinkenden" Statistik für die neuen Bundesländer weitere Einbrüche im Osten gegenüber. Die Konjunktur West frißt die Wirtschaft Ost. Allein im Januar ging die Industrieproduktion in der Ex-DDR im Vergleich zum Dezember um 24% zurück! Die Januar-Produktion betrug damit nur noch 44% der Produktion vom Jahresende 1989. Hauptverlierer waren Maschinenbau, Büromaschinen, Elektrotechnik, Bau, Steine, Erden. Daß die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres auf 3 bis 4 Millionen steigen wird, geben inzwischen sogar diejenigen zu, die weiterhin unverdrossen Zeichen des Aufschwungs im Osten sehen.

### Prognose 1991: Wachstumsverlangsamung

Die bürgerlichen Institute und die Bundesregierung leiten aus diesen Entwicklungen eine Wachstumsverlangsamung für die Gesamt-BRD ab. Sie sehen im Westen +2,5% bis +3% (nach 4,5% 1990) und im Osten einen Rückgang des Sozialprodukts um 15 bis 20%. Für Gesamtdeutschland wäre das insgesamt ein Plus von rund 1%.

### Prognose 1992

Für 1992 werden ein weiteres mäßiges Wachstum von rund 2,5% im Westen und ein rasanter Aufschwung mit ca. +10% im Osten prognostiziert. Zusammengekommen soll das +3% Zuwachs ergeben. Die Argumente für den vorhergesagten Ost-Aufschwung sind: Staatliche und private Investitionen in den neuen Bundesländern kurbeln die Produktion an und durch Sozialleistungen und Lohnerhöhungen bleibt der Konsum trotz Arbeitslosigkeit hoch.

Mit solchen Prognosen wird die Diskussion allerdings auf einer Ebene geführt, die völlig von den Problemen der Menschen in Ost und West ablenkt: Selbst wenn sie sich als richtig erweisen sollten, werden auf Jahre hinaus Millionen arbeitslos bleiben. Denn Produktionserhöhungen in der Ex-DDR werden nur geringfügig durch mehr Beschäftigung, sondern hauptsächlich durch Produktivitätssteigerungen entstehen. Das heißt, daß ein Aufschwung der Produktion die Arbeitslosigkeit vorerst nur wenig abbauen wird. Außerdem reißen steigende Staatsausgaben immer größere Löcher in die Kassen und werden früher oder später neue Steuer- und abgabenerhöhungen nach sich ziehen. Kurzum: Während die Vereinigung von den Menschen im Osten mit Arbeitslosigkeit und tagtäglicher Lebensunsicherheit, und von den Arbeitern und Angestellten im Westen mit Einkommensverlusten bezahlt wird, kassieren die Konzerne die Wachstumsgewinne.

Aber selbst wenn man die soziale Situation beiseite läßt, sind die Prognosen für 92 unerster Ansicht nach fragwürdig. Die etablierte Wirtschaftsforschung hat die Rezessionen in den USA und Großbritannien ebensowenig vorhergesehen wie die Tiefe der Krise in der Ex-DDR. Ohne uns als Krisenpropheten betätigen zu wollen, stellen wir die Frage, ob sich nicht auch für 92 eine andere Entwicklung anbahnt, als prognostiziert, ob es nicht Anzeichen eines konjunkturellen Wendepunkts aufgrund zunehmender wirtschaftlicher Ungleichgewichte in den alten Bundesländern gibt.

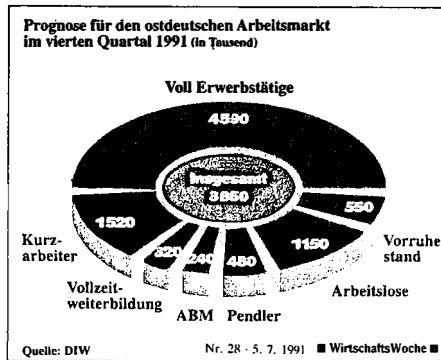
Hier halten wir vor allem das Verhältnis zwischen Investitionen und privatem Konsum für wesentlich: Einerseits wird im Westen (noch) kräftig investiert. Andererseits bleiben die Konsumausgaben weit zurück. In den nächsten 1 1/2 Jahren wird der Druck auf die Löhne und Gehälter noch zunehmen. Das Inflationstempo beschleunigt sich derzeit fühlbar. Gegen Jahresende wird allgemein mit dem Erreichen oder gar Überschreiten der 4%-Marke gerechnet. Hinzu kommt, daß Ende 1992/Anfang 1993 eine Mehrwertsteuererhöhung im Zusammenhang mit der EG-Integration weitere Kaufkraft abschöpfen wird. Wenn außerdem neueste Meldungen über rund 300 Milliarden DM Schulden der ehemaligen DDR und von DDR-Kombinaten, die 1992 und 1993 auf die Bundesregierung zukommen werden, stimmen, so lassen sich neue Steuererhöhungen aufgrund zunehmender Defizite erst recht nicht mehr ausschließen. Letztlich müßten sich aus einer solchen Konstellation erhebliche Überkapazitäten ergeben, die einen krisenhaften Abschwungsprozeß auslösen könnten.

Entgegenwirkende Faktoren wären der schnelle Wiederanstieg der Auslandsnachfrage sowie der Investitionstätigkeit und des Konsums in den neuen Bundesländern. Der private Verbrauch aus der Ex-DDR dürfte allerdings kaum dazu beitragen, da vor allem die zunehmende Arbeitslosigkeit eine Ausweitung des Konsums verhindern wird. Bleiben die Investitionen: Wenn private und öffentliche Investitionen in der Ex-DDR zusammengezählt werden, ergibt sich aller Voraussicht nach eine Steigerung von 56,5 Mrd. DM 1991 auf rund 70 Mrd. 1992. Angenommen dieses Plus von ca. 13 Mrd. DM ginge vollständig in die Auftragsbücher der westdeutschen Bau- und Investitionsgüterindustrie, wäre dies ein zusätzliches Auftragsvolumen von etwas über 2%. Und nicht mehr. Darüber hinausgehende Impulse müssten aus dem Ausland kommen. Da aufgrund der Sonderkonjunktur die Zyklen gegenwärtig ungleichzeitig verlaufen und es nicht völlig ausgeschlossen ist, daß 1992 in den anderen Industrieländern das Wachstum wieder zunimmt, entsteht in diesem Fall eine erhöhte Nachfrage nach Waren aus der BRD. Wenn die deutsche Wirtschaft ungeahntes Glück hätte, bliebe ihr die fällige zyklische Krise erspart.

Zu einer abschließenden Beurteilung fehlen uns derzeit noch die Fakten. Vor allem ist unklar, worauf die bürgerlichen Forscher ihre Hoffnung auf einen baldigen Aufschwung der Weltwirtschaft stützen. Wir werden die Entwicklung auf jeden Fall weiterverfolgen. Aber allein schon die hier dargestellte Problematik zeigt, wie untauglich das ideologisch-platte Vertrauen auf den Markt ist. Jeder konjunkturelle Einbruch, ja selbst bloße Abschwächungen hätten in der gegenwärtigen labilen Situation des vereinigten Deutschland schlimme soziale Folgen. Sie würden die Arbeitslosigkeit erhöhen, die Staatseinnahmen verringern und zu weiterer Verschuldung und - früher oder später - Steuerlast führen. Aber nicht nur in diesem Fall bewiese der Markt sein Versagen: Selbst bei einer Fortsetzung der guten Konjunktur wären erhebliche, kapitalismusunverträgliche Eingriffe nötig, um Verarmungsprozesse zu verhindern.

Abgeschlossen am 11.7.91

Charles Pauli



## II. Zur ökonomischen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern

Entgegen den bisher zahlreichen Versprechungen der Bonner Regierung wird die sehr ungesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern auch 1991 anhalten. Wann das Ende der Talsohle erreicht ist, ist zur Zeit kaum absehbar.

War 1990 in den alten Bundesländern ein Zuwachs des Bruttosozialprodukts um 4,7% zu verzeichnen, so sank dieses im ehemaligen Gebiet der DDR um 18,4%. 1991 muß mit einem weiten Rückgang um 20% gerechnet werden. Drastisch verringerte sich die Industrieproduktion, die gegenwärtig auf ca. 50% ihres Niveaus vor der Währungsunion im Juli 1990 gesunken ist. Die Verminderung der Produktion wird im Jahresdurchschnitt 1991 gegenüber 1990 30 bis 40% betragen. Eine Stabilisierung zeichnet sich nur in Produktionen ab, die international wettbewerbsfähig sind, bzw. in westliche Unternehmen eingebunden wurden.

In der Landwirtschaft droht der völlige Zusammenbruch. Insbesondere durch die Stilllegung von rund 60.000 Hektar sowie der Reduzierung von Tierbeständen um über 20% kam es zu einer erheblichen Vernichtung von Produktionspotentialen. 20 bis 25% der Arbeitskräfte sind aus der Landwirtschaft bereits ausgeschieden. Vor allem durch den fast völligen Marktverlust der einheimischen Ernährungsindustrie verschlechterte sich die Liquiditätslage der Landwirtschaftsbetriebe. Es werden weitere massenhafte Konkurse eintreten, dem enormen Rückgang der Bruttowertschöpfung 1990 werden 1991 voraussichtlich erneute 15 bis 20% Rückgang folgen.

Erwies sich im vergangenen Jahr für die neuen Länder der Osthandel als einziger bedeutender Stabilitätsfaktor (1990 = 30,5 Mrd. DM), so ist in diesem Jahr nur noch ein Exportvolumen von etwa 13 Mrd. DM zu erwarten.

Diese kurz skizzierte Entwicklung spiegelt sich deutlich auf dem **Arbeitsmarkt** wider. Bis heute wurde nahezu die Hälfte der 9,6 Millionen Vollzeit-Arbeitsplätze in der früheren DDR abgebaut. Gegenwärtig gibt es hier fast ebensoviele Arbeitslose, Kurzarbeiter, Vorruhestandler, Menschen in Warteschleifen bzw. Umschulung, ABM etc. wie Erwerbstätige. Laut Bundesanstalt für Arbeit betrug die Zahl der Arbeitslosen im Ostteil des Landes im Mai 842.300, was einen Anstieg von 53.000 im Vergleich zum Vormonat bedeutet. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen machte im April 56,1% aus. Mit Auslaufen von gesonderten Kündigungsschutzvereinbarungen und Warteschleifenregelungen werden Ende Juni allein in Berlin weitere 50.000 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Parallel zu steigender Arbeitslosigkeit nimmt die Abwanderung junger und qualifizierter Menschen in die alten Bundesländer wieder zu.

Eine kurzfristige und spürbare Trendwende ist aus jetziger Sicht kaum anzunehmen.

Nach wie vor bestehen wenig Anreize für die Privatwirtschaft, in Ostdeutschland zu investieren. Die 1990 vorherrschende Tendenz, die ostdeutschen Länder als Absatzmarkt zu erschließen und dazu die Kapazitäten in Westdeutschland auszubauen, wird sich 1991 auch angesichts der rezessiven Tendenzen in der Weltwirtschaft nicht umkehren. 1990 erhöhten sich die Ausrüstungsinvestitionen in den alten Bundesländern um 12% und erreichten den größten Zuwachs seit 1970. Dagegen sanken sie in den neuen Bundesländern um 18%. Gegen einen raschen Anstieg der Investitionen spricht nicht nur der abgeschwächte Auslastungsdruck auf die vorhandenen Kapazitäten infolge der nachlassenden Konjunktur, sondern auch der Rückgang, der bei begonnenen und vorbereiteten Investitionen eingetreten ist.

Aber auch bei einer Trendwende der Investitionen nach 1991 werden von ihnen nur geringe oder kaum Initialwirkungen für die ostdeutsche Wirtschaft ausgehen. Die Investitionen der neuen Eigentümer privatisierter volkseigener Betriebe werden die vorausgesagten Werte angesichts der weltweiten Nachfragedämpfung nicht erreichen.

**Öffentliche Investitionen** des Bundes sind gemessen an den Erfordernissen nicht ausreichend, mit schnellen Impulsen ist nicht zu rechnen. Der Großteil der erteilten Aufträge geht in die alten Bundesländer. Trotz jüngster Maßnahmen bleibt die Finanzlage der neuen Länder und ihrer Kommunen äußerst kritisch. Aus Infrastrukturvorhaben können sich also nur unzureichende Wachstumspulse für die östliche Wirtschaft ergeben. Eine reale Trendwende würde jedoch mindestens eine Verdreifachung der Anlageninvestitionen des Jahres 1990 von 50 Mrd. DM auf 150 Mrd. DM voraussetzen. Ebgensowenig ist eine wirksame Verbesserung der Absatzchancen für ostdeutsche Unternehmen in Sicht. Der schonungslose Konkurrenzkampf mit den stärkeren und erfahreneren Westkonzernen wird sich verstärken. Eine Lösung der Exportprobleme nach Osteuropa ist nicht in Sicht.

Die bisher schon hohe Nachfrage der Bevölkerung der Ex-DDR wurde zwar als Konjunktormotor für die Alt-BRD wirksam, trug aber gleichzeitig zur Untergrabung der eigenen Reproduktionsbasis und damit zur Verschlechterung der Ausgangsbedingungen weiterer wirtschaftlicher Entwicklung bei. Zudem hat dies hohe Nachfrage nur zeitweiligen Charakter. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes werden die Einkommen für viele Menschen zurückgehen. Selbst bei steigenden Nominaleinkommen werden aufgrund steigender Lebenshaltungskosten von rund 20% (Mieten, Tarife etc.) die real verfügbaren Einkommen etwa 7% unter dem Stand 1990 liegen. Der selbst mit keinem ehemaligen RGW-Land vergleichbare rapide **Verfall der Wirtschaft** in den fünf neuen Bundesländern war und ist direkte Folge der brutalen Anschließpolitik.

Die Wirtschaft der DDR war durch strukturelle Fehlentwicklungen und systembedingte geringe Innovativität in größeren Teilen international nicht wettbewerbsfähig. Eine entscheidende Ursache für ihren rapiden Zerfall liegt in der überstürzten Einführung der D-Mark ohne wirksame flankierende Maßnahmen. Den Betrieben blieb keine Zeit, um sich schlagartig auf die neue Situation einzustellen. Den durch die Währungsunion bewirkten Konkurrenz- und Absatzschock hätte auch eine leistungsfähigere Volkswirtschaft nicht ohne tiefe Rückschläge aushalten können. Aus der politischen Gesamtzielstellung der Unterordnung der ostdeutschen Wirtschaft unter westdeutsche Kapitalinteressen ergab sich letztlich die Konzeptions- und lange Zeit Tatlosigkeit bei der Lösung der entstandenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Bis heute fehlen Bereitschaft und Fähigkeit der Bundesregierung, auf die in den neuen Bundesländern eingetretene Notstandssituation mit einem der Größe der Probleme und Herausforderungen adäquaten Wirtschaftskonzept und entsprechenden Instrumentarien der staatlichen Regulierung zu reagieren. Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost werden zwar durchaus zu akzeptierende Einzelmaßnahmen festgelegt. Die finanziellen Mittel bleiben jedoch weit hinter den objektiven Erfordernissen eines mittelfristigen Konzepts für notwendige Strukturveränderungen zurück, und die wirtschaftspolitischen Instrumentarien - angefangen von den Orientierungen für die Tätigkeit der Treuhandanstalt bis zu den fehlenden Strukturkonzepten - sind zur wirklichen Problemlösung ungeeignet.

Liebe KollegInnen, liebe Freunde,

isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. besteht aus einer Arbeitsgruppe von Ökonomen, Gewerkschaftern und Technikern. Schwerpunkte der Arbeit sind die Analyse der Globalisierung von Güter- und Kapitalmärkten, die Untersuchung der Weltmarkt-Strategien transnationaler Konzerne und der Wirkung militärisch-industrieller Komplexe. Folgen für die "Dritte Welt", die Lage der Beschäftigten in den Metropolen und die Ökologie sollen untersucht werden.

**isw-report:** Alle zwei Monate erscheint isw-report (24 Seiten). In anschaulicher und verständlicher Form werden hier wirtschaftliche Einzelthemen analysiert (bisherige Themen siehe unten.) In Vorbereitung: report 8: "Deutschland - von der Geldmacht zur Weltmacht!?" Erscheinungstermin: Ende September 1991.

**isw-wirtschaftsinfo:** Jedem isw-report ist ein 4-8-seitiges **Wirtschaftsinfo** beigeheftet. Es befaßt sich mit aktuellen konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Fragen. Die dargelegten Fakten und Argumente sollen zur aktuellen betrieblichen und gewerkschaftlichen Diskussion beitragen.

**isw-special:** Aus eigenen Mitteln, vorrangig auf Auftragsbasis erstellen wir Spezial-Untersuchungen zu verschiedenen wirtschaftlichen und ökologischen Themenbereichen. In Vorbereitung (erscheint Ende September 1991): "Vermögensverteilung und Machtkonzentration in Deutschland".

**isw-Seminare, Konferenzen, Referenten:** In Vorbereitung ist das isw-Forum "Globalisierung der Märkte - Strategien transnationaler Konzerne" am 8./9. November 1991 in München. Anmeldung bei obiger Adresse.

Unsere Arbeit kann man/frau unterstützen durch Diskussionsbeiträge, Verbreitung (bitte nicht durch Kopien), Abonnements, regelmäßige Förderbeiträge (mindestens DM 10,-/Monat), Spenden. Förderbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Über Bestellungen freuen wir uns  
isw-Vorstand/Redaktion  
München, Juli 1991

## Vorbestellung

o Ich/wir bestelle(n) ..... Exempl. **isw-report Nr. 8: Deutschland - von der Geldmacht zur Weltmacht!?** (erscheint Ende Sept. 91) DM 4,- plus DM 2,- Porto.

o Ich/wir bestellen ..... Exempl. **isw-special Nr. 1: Vermögensverteilung und Machtkonzentration in Deutschland** (erscheint Ende Sept. 91)  
Zum Preis von DM 5,- + 2,- Porto.

## Abo / Förderer

o Ich **abonniere isw-report** und **isw-wirtschaftsinfo** zusammen für DM 4,- Schutzgebühr plus Porto.

o Ich möchte über die Veröffentlichungen und die Arbeit des isw e.V. **informiert** werden.

o Ich möchte beim isw e.V. **Förderer** werden. Und zwar mit einer monatlichen Spende von ..... DM (mind. DM 10,-) und abonniere die Veröffentlichungen zum Förderbeitrag von 1,- DM/Monat.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen bei der isw widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

## Bestellmöglichkeit

o Ich/wir bestelle(n) weitere ..... Exemplare isw-report Nr. 7 **Chips, Computer, Communication** und isw-wirtschaftsinfo Nr. 4 zum Preis von zusammen DM 4,- plus Porto

**Weiter sind beim isw e.V. folgende Reports erschienen:**

### **Bestellung:**

..... Exempl.: **Fette Jahre - Magere Zeiten.** 8 Jahre Boom und Prosperität für wen? (Mai 91)

..... Exempl.: Klaus Mähler/Fred Schmid: **Krieg um Öl und \$-Ordnung.** Hintergründe, Fakten, ökonomische und ökologische Folgen des Golf-Krieges (Febr./ März 91)

..... Exempl.: Fred Schmid: **Die Schlacht um den Weltmarkt.** Thesen zur Globalstrategie bundesdeutscher Konzerne (Juni 1990)

..... Exempl.: F. Schmid: **Vom staatlichen Monopol zum privaten Monopolmacht.** Zur feindlichen Übernahme der DDR-Wirtschaft durch den DM-Imperialismus (17. Juni 1990)

..... Exempl.: F. Schmid: **EG 92: Vom Supermarkt zur Supermacht - Das Europa der Multis** (November 89)

Je Exemplar DM 4,- Schutzgebühr + Porto